

© Luxemburger Wort

## Licht und Schatten

### „Lëtzebuerger Flüchtlingsrot“ zieht Bilanz und stellt Forderungen an kommende Regierung

Der „Lëtzebuerger Flüchtlingsrot“, ein Zusammenschluss aus neun karitativen Organisationen, zog gestern am Weltflüchtlingstag in Anwesenheit der Presse eine Bilanz der Regierungsarbeit und stellte ihre Forderungen an die kommende Regierung vor. Als positiv bewertete der Flüchtlingsrat die Haltung der luxemburgischen Regierung auf europäischer Ebene während der Flüchtlingskrise.

Trotz eines erstarkenden Rechtspopulismus halte sie am Solidaritätsgedanken fest und verteidige „die Grundprinzipien der EU“. Die Regierung erfülle im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Staaten die Verpflichtungen, die sie eingegangen ist, wie beispielsweise im Zuge der Relokalisierung von Flüchtlingen. Zugleich mahnt der Flüchtlingsrat aber auch Verbesserungen im Umgang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen an.

Asylbewerber sollten würdevoller untergebracht werden, auch jene, die keine Perspektive auf ein Bleiberecht haben. In diesem Zusammenhang pocht der Flüchtlingsrat auf die Schaffung einer „Maison de retour“, die die Menschen aktiv und individuell auf die Rückkehr in ihr Heimatland vorbereitet. Deren Schaffung sei zwar bereits Bestandteil des blau-rot-grünen Koalitionsabkommens gewesen, aber bisher nicht in die Tat umgesetzt worden, bedauert der Flüchtlingsrat. Das sei eine der Aufgaben, die nun auf die kommende Regierung zukomme.

### Verkürzung der Asylverfahren

Daneben prangert der Flüchtlingsrat die „exzessive Dauer von Asylverfahren“ an. Innerhalb von sechs bis 21 Monaten soll ein Asylverfahren abgeschlossen sein. In der Praxis sei derzeit eine sechsmonatige Prozessdauer aber nur der Ausnahmefall. In Einzelfällen würde das Verfahren sogar mehr als 21 Monate

dauern. Deshalb fordert der Flüchtlingsrat u. a. eine personelle Aufstockung der zuständigen Behörden, um die Verfahren „deutlich zu verkürzen“.

Außerdem sollen Asylbewerber schneller Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen, um deren Integration in die Gesellschaft zu fördern. Die bestehenden Prozeduren zur Erlangung einer befristeten Arbeitserlaubnis seien viel „zu restriktiv“ – oft würden mindestens sechs Monate verstreichen, so die Kritik des Flüchtlingsrats.

Um künftig zu verhindern, dass Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen und sich illegal operierenden Schlepperbanden anvertrauen müssen, um nach Europa zu gelangen, verlangt der Flüchtlingsrat außerdem die Schaffung von „sicheren und legalen Einreisemöglichkeiten nach Europa“. Denn obwohl die Zahl der in Europa gestellten Asylanträge nach dem EU-Türkei-Deal deutlich zurückgegangen ist, sei „die Flüchtlingskrise noch nicht beendet“, so Paul Estgen, Koordinator des Flüchtlingsprojekts „Reech eng Hand“. „Wir hoffen nicht, dass dieses Modell Schule machen wird bei künftigen bilateralen Abkommen mit Drittstaaten“, mahnte er, da die Rechte von Asylbewerbern in der Türkei nicht garantiert werden könnten. stb

---

Luxemburger Wort vom Donnerstag, 21. Juni 2018, Seite 2